

Frage 1.)

Aktuell informierte sich im Bundestag der Kulturausschuss über die prekäre Lage der KünstlerInnen. Nun ist die Kultur in erster Linie eine Angelegenheit des jeweiligen Bundeslands. Gibt es Handlungsvorstellungen für äußerst prekäre Lage der Kulturschaffenden an der Basis? Welches Programm gibt es für die Berliner freie Kulturszene?

Die Piraten Berlin wollen eine stabile Förderstruktur in Kunst und Kultur. Wir setzen uns für die Verwendung der Mittel für die freie Kulturszene, Gründer und Kulturinstitutionen ein. Wir wollen, dass der freien Kulturszene öffentliche Liegenschaften und Gebäude, die sich im Besitz des Landes Berlin befinden, bevorzugt für kulturelles Schaffen genutzt werden können. Ob nun als Zwischennutzung oder langfristig angelegte Umgestaltung zu einer kulturellen Einrichtung, Berlin braucht mehr kulturelle Freiräume.

Ein Grundanliegen der Berliner Piraten ist die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens für jeden, der seinen Lebensmittelpunkt in unserem Land hat. Langfristig können die Existenzsorgen der Künstler nur über diesen Weg beseitigt werden, um eine Anerkennung des kulturellen Schaffens unabhängig vom Lohnerwerb zu schaffen.

Frage 2.)

Die Berufsverbände LAFT Berlin, Tanzbüro Berlin, TanzRaumBerlin Netzwerk und ZTB fordern nun bei öffentlichen geförderten Produktionen eine Honoraruntergrenze von monatlich 2000,00 Euro. Wie ist Ihre Position?

Diese Frage können wir nicht so pauschal beantworten, dazu fehlt uns der zeitliche Rahmen der für die Produktion aufgewandt wird, welche öffentlichen Einrichtungen oder andere Förderungen genutzt werden und woraus sich dieser genaue Betrag ergibt, dem aller Wahrscheinlichkeit Verhandlungen der benannten Berufsverbände zugrunde liegen.

Da die PIRATEN Berlin sich mittelfristig für die Einführung eines Mindestlohnes aussprechen, wir gehen davon aus, dass diese Position damit vergleichbar ist, setzen wir uns dafür ein, dass jeder Berliner durch Lohnerwerb in die Lage versetzt werden muss, seine Existenz zu sichern und aktiv am kulturellen und gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Der finanzielle Aufwand ist höher, wenn für eine Produktion noch Räumlichkeiten angemietet werden, Hilfskräfte benötigt werden und nicht vorhandenes Interieur genutzt werden kann. Ausgehend von reinen Honoraransprüchen und einer Monatsarbeitszeit von 176 h (22 Tage á 8

h) erscheint uns die Forderung durchaus mehr als angemessen zu sein, eine untere Honorargrenze festzulegen (11,36 €/h).

Frage 3.)

Um die Honorare und den Bedarf für freie Projekte angemessen zu erhöhen, müsste auch der Berliner Etat für diese Fördertöpfe wesentlich erhöht werden. Der Rat für Künste Berlin schlägt eine Erhöhung des Etats von 3 % vor, die neben der Kulturellen Bildung und Migration, freien Projekten zugute kommen soll. Wie ist Ihre Position?

Wir setzen uns für eine stabile Förderung der freien Kultur in Berlin ein. Wir möchten, dass die Bürger Berlins mehr in die Entscheidungen über die Haushalte der Bezirke und des Landes einbezogen werden. Es ist nicht unser Geld, das für verschiedene Projekte, ob nun Kultur, Bildung, Wirtschaft oder Stadtentwicklung ausgegeben wird, wir möchten dass die Bürger direkt über Haushaltsfragen mitentscheiden können. In dem Sinne wären die PIRATEN Berlin für diese Frage nicht der richtige Ansprechpartner, wir würden jedoch den Rat für Künste Berlin gern bei einer entsprechenden Umfrage in der Bevölkerung unterstützen.

Die kulturelle Vielfalt in Berlin ist dem Engagement unzähliger Künstler zu verdanken, wir sehen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Förderung mittelfristig, langfristig wollen wir, dass die Kulturschaffenden durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens weniger die Existenzsorgen plagen, sondern sie ihre Kraft für die Umsetzung des eigenen kulturellen Produkts einsetzen können. Darüber hinaus ebnet ein existenzsicherndes Grundeinkommen auch die Bereitschaft Dritter selbst etwas für die finanzielle Unterstützung beizutragen.

Frage 4.)

Die Auswertung der Kommentare der o.g. Studie ergaben zu Förderungen folgende Kritikpunkte:

- *mehr Förderung an der kulturellen Basis in allen Sparten und für verschiedene Produktionsformen;**
- *Problem der Recherche- und Konzeptionszeit, die vor Antragstellung stattfinden muss und damit nicht honoriert wird;**
- *Forderung nach jährlich wechselnden Jurys;**
- *transparente Jury- Entscheidungen mit inhaltlich begründeten Ablehnungen;**

auch genannt wurde natürlich das Problem der Kontinuität bzw. der Entwicklung der Arbeit, etwas was wahrscheinlich mehr KünstlerInnen betrifft als freie Gruppen oder Spielstätten, die hier über weitergehende Förderinstrumente verfügen. Gibt es hier zu Handlungsideen?

1. Anstrich

Eine gleichmäßige Verteilung von Fördergeldern gerade an freischaffende Künstler ist unseres Erachtens nicht ohne unangemessen hohen und somit finanzielle Reserven verschlingenden Verwaltungsaufwand umsetzbar. Daher setzen wir uns kurzfristig für einen Mindestlohn (Honoraruntergrenze) und mittelfristig für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Die Existenzangst muss den Kulturschaffenden genommen werden, dann können sich Förderungen auf kulturelle Einrichtungen (Räumlichkeiten), feste Spielstätten, Freiflächen, Materialien konzentrieren und müssen nicht mehr projektbezogen oder personenbezogen erfolgen.

2. Anstrich

Wir haben zu diesem Punkt noch keinen Beschluss gefasst. Die Kulturschaffenden bilden eine Berufsgruppe, deren Interessen die Berufsverbände vertreten. Das Ziel sollte sein, nicht für jede Berufsgruppe Einzellösungen zu finden, sondern nach Gesamtlösungen zu suchen. Bei einem Honorar muss dieser Zeitaufwand berücksichtigt werden, das lässt sich mit der von den in Frage 2 benannten Berufsverbänden favorisierten monatlichen Honorargrenze bewerkstelligen.

Wir antworten mit einer Gegenfrage, ob für die Berufsverbände eine Honorarverordnung denkbar wäre, die diese Fragen einschließt und somit die Recherche und Konzeptionen vor der Projektumsetzung berücksichtigt. Das ist ein Punkt, in dem wir den Berufsverbänden nicht vorgreifen möchten, eine Vereinbarung über eine

3. Anstrich

Wir sprechen uns für die direktdemokratische Mitbestimmung der Bürger bei Entscheidungen gerade in Haushaltsfragen aus, eine Jury kann unseres Erachtens nach einer Vorprüfung vornehmen und ihre Ansicht zu den jeweiligen Projekten offen und transparent darlegen. Entscheidungen sollten nicht durch eine kleine Gruppe getroffen werden, gerade wenn von den Entscheidungen viele betroffen sind. Auch die Künstler und Kulturschaffenden haben die Möglichkeit sich als Berliner an der Entscheidung zu beteiligen und können durch eigene Vorstellung ihres Projekts überzeugen. Die Entscheidung, welche Projekte gefördert werden oder nicht durch eine Jury vorzunehmen lassen, halten wir nicht mit unseren demokratischen Vorstellungen vereinbar.

4. Anstrich

Bei Einsatz einer Jury, die über Förderungen der öffentlichen Hand entscheidet oder die Anträge prüft, muss Transparenz über den Entscheidungsweg und die Begründung erfolgen. Da ist keine Forderung, sondern eine Selbstverständlichkeit. Es wird im Auftrage der Bürger über die Vergabe finanzieller Mittel entschieden. Solange hier keine Transparenz gewährleistet wird, ist weder der Künstler, Kulturschaffende noch der Bürger in der Lage, die Kontrollfunktion, die jedem Bürger obliegt, nachzukommen.

Frage 5.)

An den freien Fördertöpfen Hauptstadtkulturfonds und Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung beantragen neben KünstlerInnen und Gruppen auch Institutionen und Organisationen. Diese werden teilweise schon mit öffentlichen Mitteln oder über andere Strukturen gefördert und bringen eine eigene Infrastruktur mit. Kann hier über eine Quote für die frei arbeitenden KünstlerInnen und Künstlerinitiativen eine Chancengleichheit hergestellt werden?

Wir haben in dieser Frage selbst keinen Beschluss im Landesverband getroffen und möchten daher allgemeiner auf ihre Frage antworten.

Die PIRATEN Berlin sehen Quotenregelungen nicht als Lösung gesellschaftlicher Probleme an. Durch die Umsetzung von Quoten werden andere benachteiligt, die die gleichen thematischen Voraussetzungen für die Förderung haben. Kurzfristig sehen wir hier nur eine Lösung in der strikten Trennung zwischen der Kulturförderung freier Künstler und Kulturschaffender und der Förderung von Institutionen und Organisationen. Zu berücksichtigen ist bei der Vergabe von Förderungen die Inanspruchnahme von Fördergeldern aus anderen Bereichen.

Auch hier sehen wir langfristig nur eine Lösung im Konflikt die Kulturschaffenden, Künstler von der Existenzangst zu befreien und ein existenzsicherndes, bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen.

Frage 6.)

Bei Förderanträgen wird, zwar nicht verpflichtend, die Eigenmittel abgefragt. Kulturschaffende sollten außer den Ressourcen für die Antragstellung keinen weiteren Beitrag leisten, da sie gar nicht über die finanzielle Infrastruktur verfügen. Es sollte vielmehr möglich sein, die Bereitstellung eigener Technik zu vergüten.

Wir haben in dieser Frage innerhalb unseres Landesverbandes keinen Beschluss getroffen und möchten daher die Frage allgemein beantworten.

Diese Frage streift zwei Aspekte die Antragstellung und die Bereitstellung von technischen Geräten. Bei der Antragstellung ist unseres Erachtens der Aufwand für das Projekt so genau wie möglich anzugeben. Transparenz ist entscheidend, um die Entscheidung auf einer fundierten Grundlage zu treffen. Das schließt eigene Technik ein, die den Aufwand insgesamt verringert, in der Fördermaßnahme durchaus durch eine Kostenpauschale berücksichtigt werden kann.

Ein Weg, um möglichst vielen Künstlern und Kulturschaffenden eine kostengünstige Nutzung von technischen Geräten zu vermitteln, wäre die Bildung eines Fundus über die jeweiligen Berufsverbände, über einen Zusammenschluss der Berufsverbänden o.ä., der von allen Beteiligten finanziell unterstützt wird. Hierbei würde es nicht nur den PIRATEN Berlin, sondern auch den Bürgern der Stadt leichter fallen, sich für die Förderung der benötigten technischen Infrastruktur einzusetzen. Wie bereits erwähnt sehen wir die Mitbestimmung der Bürger bei der Verteilung der finanziellen Mittel als grundlegend an.

Frage 7.)

Mit der Abschaffung der sozialen Künstlerförderung 2004 hat sich die Förderung der kulturellen Basis drastisch reduziert. Diese Situation könnte durch die Schaffung von Arbeitsstipendien für alle Sparten aufgefangen werden.

Ein Grundanliegen der PIRATEN Berlin ist die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, dass die Existenzsicherung vom Lohnerwerb abkoppelt und so jedem ermöglicht, am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Wir haben für die Frage nach Für und Wider einer Förderung des Arbeitsmarktes durch Beschäftigungsmaßnahmen keinen Beschluss getroffen und möchten die Frage allgemein beantworten.

Die Forderung, dass kulturelles Schaffen durch eine Förderung seitens der Arbeitsagenturen ermöglicht wird, ist auf den ersten Blick begrüßenswert. Eine Maßnahme, die auf diese Weise gefördert wird muss dazu geeignet sein, die Möglichkeiten der Integration am kulturellen Arbeitsmarkt zu verbessern. Darüber hinaus sind entsprechende Angebote seitens der Verbände der Kulturschaffenden sicherzustellen, die eine Förderung erst ermöglichen. Wir sehen diese Möglichkeit als skeptisch an, da hier die Ursachen nicht bekämpft werden, sondern nur die

Wirkungen mittels Förderungen verblassen sollen, wobei unklar ist, ob diese Mittel überhaupt zur Verfügung stehen. Beschäftigungsmaßnahmen sind nur kurzfristige Politur und beseitigen die grundlegenden Ursachen für die Existenzsorgen in unserer Gesellschaft nicht.

Wir sehen es als richtig an, dass die Forderung von kostendeckenden Leistungen der Künstler und Kulturschaffenden nicht zutreffen kann, da diese Forderung den Freiraum für die künstlerische Betätigung in erheblichen Maße einschränkt. Die PIRATEN Berlin sehen die Zukunft der freien Kunstszene in Berlin im Zusammenspiel stabiler Kulturförderung, transparenter Antragsstellung und Entscheidung, der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommen sowie der Bereitstellung von Räumen und Freiräumen für das künstlerische und kulturelle Schaffen.

Frage 8.)

Der Rat für Künste empfiehlt für die Arbeit an der kulturellen Basis in den Bezirken, die Verabschiedung eines Bezirkskulturgesetzes, dass die Stadtteilkultur als Pflichtaufgabe vorgibt, sowie Bezirkskulturförderstrukturen und als weiteres Instrument einen überbezirklichen Projektfonds für die dezentrale Kulturarbeit.

Wir haben für die Frage nach Für und Wider einer Förderung des Arbeitsmarktes durch Beschäftigungsmaßnahmen keinen Beschluss getroffen und möchten die Frage allgemein beantworten.

Die PIRATEN Berlin sehen jede Regulierung der Verteilung von finanziellen Mitteln über zusätzliche gesetzliche Regelungen als skeptisch an. Wir sehen hier wie auch in anderen Fragen die alleinige Entscheidungskompetenz nicht bei der Bezirksverwaltung, sondern fordern die direkte Mitbestimmung der Bürger. Die kulturelle Struktur ist von Bezirk zu Bezirk unterschiedlich und wir sehen es als Aufgabe des Rates für Künste an wie auch der Bezirksverwaltung, die Bürger im jeweiligen Bezirk von der Notwendigkeit der kulturellen Förderung zu überzeugen. Wir möchten nicht, dass in dieser Frage über den Kopf der Bürger hinweg mittels gesetzlichen Regelungen entschieden wird.

Wir sind bereit, dem Rat der Künste bei einer entsprechenden Kampagne in den Bezirken hilfreich beiseite zu stehen, um den Bürgern und auch den Bezirksverwaltungen das offensichtliche finanzielle Problem der Künstler und Kulturschaffenden nahe zu bringen. Wir sind nicht der Meinung, dass durch mehr Struktur in den Bezirken die Abfolge der Vorgänge beschleunigt werden kann, sondern setzen uns eher für eine schlankere Art der Verwaltung ein. Für uns ist

transparentes Wirken die Grundvoraussetzung einer aktiven Informationspolitik, diesen Anspruch setzen wir an Senats- und Bezirksverwaltungen, diesen Anspruch setzen wir auch an den Rat der Künste und den von ihm vertretenden Künstler und Kulturschaffenden. Eine unserer Hauptforderungen ist transparentes und nachvollziehbares Handeln in Politik und Verwaltung, dies gilt insbesondere für den Bereich der Förderung.

Frage 9.)

Die Aufnahme der Kultur als Staatsziel in der Verfassung ist bislang nicht zustande gekommen. Eine Kulturstaatlichkeit, die Förderung von Kultur und Bildung, wäre ein Meilenstein, auch wenn sie erst einmal auf Landesebene festgeschrieben wird.

Wir haben für die Frage nach Für und Wider einer Förderung des Arbeitsmarktes durch Beschäftigungsmaßnahmen keinen Beschluss getroffen und möchten die Frage allgemein beantworten.

Die PIRATEN Berlin setzen sich für eine stabile Förderung der Kultur ein. Wir sind der Ansicht, dass die kulturelle Freizügigkeit, und die Vielfalt Berlins durch geförderten Freiraum zu erhalten ist. Die Aufnahme der Förderung von Kultur und Bildung in die Landesverfassung bedingt nach unserem Verständnis von Demokratie, die Mitbestimmung der Bürger im Rahmen eines Volksentscheides. Wir unterstützen die Künstler und Kulturschaffenden gern bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Vorhabens. Einer Entscheidung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin ohne die Bürger zu einzubeziehen, wird bei der Änderung unserer Landesverfassung nicht unsere Zustimmung finden.

Frage 10.)

Vom kreativen Image Berlins profitieren eher die Branchen Tourismus, Gastronomie und Immobilienbranche. Für die KünstlerInnen bedeutet dies vor allem, dass günstiger Wohnraum, Ateliers und Projekträume werden knapp werden und die Lebenshaltungskosten steigen. Wie kann hier ein Interessensausgleich aussehen?

Vor diesem Problem stehen nicht nur die Künstler und Kulturschaffenden, sondern die Berliner im Allgemeinen. Speziell zur Frage von Projekträumen und Ateliers möchten wir, dass leerstehende Gebäude in öffentlicher Hand und auch Freiflächen als Raum für die freie Kunst dienen kann. Darüber hinaus sprechen wir uns für die Abkehr von einer objektbezogenen Wohnraumförderung hin zur personenbezogenen Förderung bei Vermietung von Wohnraum aus. In unserem Wahlprogramm fordern wir darüber hinaus die Möglichkeit einer finanziellen

Förderung durch das Land Berlin, wenn Wohn- oder Hausgemeinschaften ein Objekt käuflich vom Eigentümer zur gemeinsamen Nutzung erwerben wollen. Hier können wir uns die Bereitstellung einer Zwischenfinanzierung wie auch zinslose oder zinsgünstige Kredite vorstellen, dabei ist die Bereitschaft der Wohn- bzw. Hausgemeinschaft zum Erhalt, Instandsetzung des Objektes ausschlaggebend.

Frage 11.)

Die Bedeutung von Hartz IV für die Kunstschaffenden wurde eingangs skizziert. Wie ist Ihre Position zu Hartz IV?

Die PIRATEN Berlin sehen die Einführung von HartzIV als Fehler an, daher wollen wir mittelfristig die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens erreichend, dass die Existenz sichert. In der Übergangsphase haben wir in unserem Wahlprogramm folgende Übergangsregelungen beschlossen:

- * Die Erhöhung der Regelsätze auf ein Niveau, das die Würde des Menschen und das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet.
- * Jegliche Sanktionen, die zu einer Minderung des Anspruchs führen und somit kein Existenzminimum gewährleisten, sind auszusetzen.
- * Die Mitwirkung am Arbeitsmarkt muss sich auch für die Bezieher von Sozialbezügen einen Anreiz bieten, wir fordern daher, die Zuverdienstmöglichkeiten zu verbessern.
- * Die Berechnung der Bezüge nach Bedarfsgemeinschaften ist durch Eingriffe in die Privatsphäre bedingt und daher durch eine individuelle, personenbezogene Berechnung zu ersetzen.
- * Jeglichen Zwang zur Arbeit unter der Bedrohung der Existenz sowie umfangreicher staatlicher Kontrollen lehnen wir ab.

Als Übergangslösung sehen wir die Forderung nach Mindestlohn, im Falle der Künstler und Kulturschaffenden nach einer Honoraruntergrenze als Möglichkeit einer Verbesserung der Lebenssituation an.

Frage 12.)

In der Studie des Fonds Darstellende Künste wurde überdurchschnittlich oft das Grundeinkommen als Lösungsansatz benannt. Die ehemalige Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Adrienne Goehler setzt sich gleichfalls dafür ein. Unter welchen Voraussetzungen kann es das bedingungslose Grundeinkommen geben?

Zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens gibt es verschiedene Modelle, die sich in kontroverser Diskussion innerhalb und außerhalb der Piratenpartei Deutschlands widerspiegeln. Unabhängig von der Finanzierbarkeit,

bei der bisher von einem Steuermodell ausgegangen wird, ist das erste Anliegen die Überzeugung bei der Bevölkerung für diesen Weg zu erreichen und die Vorteile eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) darzustellen. Neben der Trennung von Existenzsicherung und Lohnerwerbe bedingt das BGE ein Ende des Datenstriptease, der von Empfängern von Sozialbezügen mit einer Selbstverständlichkeit verlangt wird, die wir nicht teilen können. Die Existenzsicherung eines jeden ist Aufgabe der Gesellschaft insgesamt und dieser Verantwortung müssen wir uns stellen. Dabei schafft das BGE aufgrund der Entbindung von Existenzsorgen Freiräume für eigenes Engagement, ob nun in der Kultur, in der Kunst, Bildung, Wissenschaft, der Politik oder in der Gemeinnützigkeit. Diese Freiräume ermöglichen es jedem, über seinen Lebensweg selbst zu bestimmen.

Durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens entfallen alle allgemeinen steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Besondere soziale Bedürftigkeit ist gesondert zu berücksichtigen

Frage 13.)

Vor einiger Zeit wurde in der Presse über die hohe berufliche Aussichtslosigkeit der Promovenden aufgrund der Stellenstreichungen an den Universitäten berichtet. Gleiches kann für die AbsolventInnen der Kunsthochschulen gelten, hoch qualifiziert finden sie keine Arbeit, weil es keine gibt. Beschäftigungsprogramme für Kulturschaffende werden mit 1€ Jobs und Instrumenten wie dem ÖBS in den dritten Arbeitsmarkt verlegt. Die Wertschätzung der Kunst als gesellschaftliche Faktor und ihre Rolle als Zukunftsressource findet bislang eher nominell statt. Die investive Wirkung der Kultur im Wirtschaftskreislauf wird verkannt. Unter dem Stichwort „neue“ Arbeit geht es die Schaffung qualitativer und nachhaltiger Arbeitsplätze. Gibt es hier in Berlin kultur- und beschäftigungspolitisch Lösungsansätze?

Wir stehen vor dem Problem, dass die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie auch Teile der Kulturpolitik auf die Möglichkeit der Vollbeschäftigung ausgerichtet sind. Eine Vollbeschäftigung ist im Zuge der technisierten Entwicklung unserer und der globalen Gesellschaft nach unserer Einschätzung nicht zu bewerkstelligen. Schon heute werden Mittel nur dafür aufgewandt, Bürgern, die sich nicht in Beschäftigungsverhältnisse befinden oder nur über einen unzureichenden Verdienst verfügen, durch Unterstützungszahlungen die Existenzsicherung zu ermöglichen. Dies ist jedoch abhängig einerseits von tief in die Privatsphäre eingreifenden Fragen und auch von einem Zwang, jede zumutbare Tätigkeit annehmen zu müssen. Wir sehen es nicht als Lösung an, die Unmöglichkeit einer Vollbeschäftigung auf den Rücken derer auszutragen, die sich ohne entsprechende

Lobby kaum wehren können. Hinzu kommen immer wieder rechtspopulistische Äußerungen von prominenten und weniger prominenten Politikern, die diese Menschen pauschal verurteilen und ihrer Würde verletzen. Wir sehen dies nicht als länger hinnehmbar an und setzen und daher für bedingungsloses Grundeinkommen für jeden, unabhängig der sozialen Bedürftigkeit ein.

Wir sehen neben der stabilen Förderung der freien Kulturszene, der erwähnten Bereitstellung von Freiflächen und Räumlichkeiten nur die bereits erwähnten Möglichkeiten. Einerseits kurzfristig die Einführung von Mindestlohn bzw. einer Honoraruntergrenze bei Künstlern und Kulturschaffenden und langfristig die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens. Ein selbstbestimmtes Leben ist nur möglich, wenn die Existenzsicherung unabhängig vom Zwang zur Lohnarbeit erfolgt. .

Frage 14.)

Auch in der Bildung werden aufgrund von Sparmassnahmen wichtige Investitionen nicht in dem Umfang des eigentlichen Bedarfs getätigt. Die Kulturelle Bildung gilt als wichtiges Instrument in der Bildungspolitik. Hierzu werden bislang nur im Kulturhaushalt dezidiert Mittel in Höhe von 2 Millionen bereitgestellt. Einmal entwickelte Projekte lassen sich mit diesem Förderinstrument kein zweites Mal mehr umsetzen.

Müsste daher nicht auch die Bildung mit einem weitaus größeren Etat auch explizit Mittel an den Schulen hierfür bereitstellen, damit das Programm der Kulturellen Bildung flächendeckend umgesetzt werden kann und es für KünstlerInnen möglich ist, die Projekte mehrmals durchzuführen? In einer „Schule für alle“ werden zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote notwendig. Auch in der Jugend- und Sozialarbeit könnten künstlerische Mittel ein Teil einer Lösungsstrategie sein.

Die PIRATEN Berlin sprechen sich in Ihrem Grundsatz- und Wahlprogramm für mehr Autonomie in den Schulen und die Selbstbestimmung des jeweiligen Bildungsweges des Lernenden aus. Im Mittelpunkt steht der Erwerb geistiger, kreativer, kultureller, sozialer und praktischer Kompetenzen. Bildungseinrichtungen sollen ein echter Lern- und Lebensraum sein, der neben Bildungs- und Freizeitangeboten auch Beratung und Hilfestellung bietet.

Wir wollen, dass in jeder öffentlichen Schule die Lernenden ihre Laufbahn flexibel und individuell planen und absolvieren können. Durch individuell unterstützende Strukturen und Angebote sollen Schulen den unterschiedlichen Interessen und Lerngeschwindigkeiten Rechnung tragen. Ein vorgeschrieben einheitliches Lerntempo lehnen wir ab, da es den individuellen Bedürfnissen der Lernenden nicht gerecht wird. Durch individuelles Lernen verbunden mit intensiver

bedarfsorientierter Unterstützung der Lernenden sollen Schulen gerechter werden. Wir begrüßen die Entwicklung hin zu Gemeinschaftsschulen, da diese Schulform unseren Ansprüchen am ehesten genügt. Im öffentlichen Schulwesen soll Raum sein für alternative Schulkonzepte wie zum Beispiel Demokratische Schulen, reformpädagogische Schulen, mehrsprachige und internationale Schulen. Durch die Autonomie der Schulen in Verbindung mit der Mitbestimmung der Lernenden über Lernziele und Lerninhalte kann in den Schulen ein höheres Spektrum - je nach Ausrichtung der Schule – an kultureller Bildung und künstlerischer Betätigung gewünscht werden, so dass sich hier Möglichkeiten der direkten Zusammenarbeit zwischen Schulen und Künstlern und Kulturschaffenden ergeben. Wir wollen die Freiräume für die Schulen und die Lernenden schaffen, dass diese Entscheidungen selbst für jede Schule getroffen werden können. Der Part der Künstler und Kulturschaffenden wäre es, den Kontakt zu Schulen herzustellen und Angebote zum Lehrinhalt und zur Ergänzung gerade in Bezug auf die Freizeitgestaltung anzubieten.

Frage 15.)

In Berlin muss wegen der Schuldenbremse bis 2020 der jährliche Ausgabenanstieg auf 0,3 Prozent begrenzt werden. Wie soll das umgesetzt und wo sollen die Einsparungen vorgenommen werden?

Für die Länder, besonders Berlin, bedeutet die Schuldenbremse ein massiver Eingriff in staatliche Gestaltungsmöglichkeiten. Die Vorhaben gerade im Bereich Bildung und Kultur sind unter den Bedingung der Schuldenbremse nicht durchführbar. Durch diese Regelung wird die Autonomie Berlins selbst unabhängig vom Bund über die Haushaltswirtschaft unserer Stadt zu entscheiden, stark eingeschränkt. Die in einigen Bezirken begonnene demokratische Beteiligung der Berliner an der Haushaltsplanung der Stadtbezirke wird durch diese Regelung unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund befürworten die Piraten eine solide Haushaltsführung sowie eine effiziente Ausgabenpolitik. Der Berliner Haushalt soll nicht ausschließlich in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung gestellt werden. Ausgehend von ihrem Transparenzanspruch fordern die Piraten, bei Ausgabenoptimierungen/Einsparungen auch die Kritik der jährlichen Berichte des Landesrechnungshofes zu berücksichtigen.

Wir sehen die Schuldenbremse nicht als geeignetes Mittel an, eine aktive demokratische Politik umzusetzen. Unsere Forderung bezieht sich auf die transparente Haushaltsführung. Wir sehen durch die Einführung von OpenGovernment mit anfänglichen Investitionen mittelfristig eine Einsparung im Verwaltungsaufwand, der sich positiv auf das Verhältnis der Bürger zur Politik und Verwaltung auswirken kann. Den Weg zur Ausgabenreduzierung sehen wir in der

Transparenz und in der Verhandlung über den Erlass von Altschulden, kurzfristig zumindest in der Senkung der Zinslasten und Zinszahlungen.

Frage 16.)

Im Rahmen der Steuerreform wurde auch die Frage nach dem ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Kultur gestellt. Mittlerweile gehen die Finanzämter eigene Wege und lehnen, bislang noch in Einzelfällen für Theaterschaffende sowohl die Umsatzsteuerbefreiung als auch den ermäßigten Steuersatz ab. Da im Kulturbereich die wenigsten Auftraggeber die Umsatzsteuer zahlen, müssen die Kunstschaffenden diese selbst von den Honoraren, die wesentlich niedriger liegen als Honorare in anderen Branchen, abführen. Werden Sie sich im für den Erhalt des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Kultur stark machen?

Wir haben für die Frage nach Für und Wider einer Förderung des Arbeitsmarktes durch Beschäftigungsmaßnahmen keinen Beschluss getroffen und möchten die Frage allgemein beantworten.

Die PIRATEN Berlin wollen im Rahmen der Einführung des bedingungslosen Einkommens eine Vereinfachung der Steuermodelle erreichen. Bis zur Umsetzung dieses Vorhabens sehen wir keine Gründe, die gegen die bisherige Regelung des ermäßigten Steuersatzes für Kunstgegenstände sprechen.